

Liberaler Impulse

Aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial-, Europa- und Sicherheitspolitik

Wien, April 2009 Nr. 05/09

Erich Reiter

Die Kronen-Zeitung kämpft gegen die EU – auch durch die Glühbirne

Die heutige Sicht der EU ist eine komplizierte Sache. Einerseits wissen wir um die grundsätzliche Bedeutung der EU, ihre Relevanz als weltwirtschaftlicher Akteur und ihre großen Erfolge zur Einigung des einstmaligen so zerstrittenen Europas. Andererseits ärgern wir uns aber über die Bürokratie der EU und die oftmals als unnötig oder überzogen empfundenen Regulierungen aus Brüssel. Auf diesem Unmut kochen manche ihr Süppchen und ziehen über die EU her, so als ob es nicht immer und ausschließlich der Wille ihrer Mitglieder ist, was die EU tut. Man tut so, als ob es eine EU als eigene Welt losgelöst von ihren Mitgliedern gebe und, dass die Mitgliedsländer von Brüssel abhängig seien. In dieser Hinsicht tut sich die Kronen-Zeitung besonders hervor.

Die Kronenzeitung ist die meist verbreitete Zeitung Österreichs; angeblich beträgt ihre Reichweite bis zu 40 % der österreichischen Leser. Man könnte annehmen, dass dies zu besonderer Verantwortlichkeit, zu genauester Recherche und möglichst objektiver Berichterstattung verpflichtet. Aber all das wird offenbar verdrängt vom Kreuzzug gegen die EU, der darin besteht, die EU möglichst schlecht zu machen. Ein Beispiel dafür ist die causa Glühbirne versus neue Energiesparlampe.

Am 15. März d. J. z. B. konnte man in der Kronen-Zeitung lesen: „Mit der bevorstehenden Entscheidung der EU-Kommission – ohne Ministerrat, Parlament oder die 27 Mitgliedsstaaten zu befassen – wird die konventionelle Glühbirne schon heuer ab September vom Markt verschwinden.“

Hier geht es nicht um das Für und Wider alte Glühbirne gegen neue Energiesparlampen. Da gibt es gute Argumente für und wieder das eine wie das andere. Es geht um die Qualität der Berichterstattung.

Tatsache ist nämlich, dass die Europäische Kommission im März 2007 von den EU-Staats- und Regierungschefs aufgefordert wurde, Vorschläge zur Verbesserung der Energieeffizienz von Haushaltsleuchten vorzulegen. Der Auftrag basierte auf der 2005 von EU-Parlament und Rat verabschiedeten „Ökodesign-Richtlinie“. In die im Jahr 2008 eingeleitete Konsultation zur „Ökodesign-Richtlinie“ waren Vertreter der Mitgliedstaaten, der Industrie und von NGO eingebunden. Im Oktober 2008 wurde die Europäische Kommission von den Energieministern aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag zum so genannten „Phasing out“ der konventionellen Glühbirnen vorzulegen, der im Dezember 2008 von Experten der EU-Staaten und auch vom Umweltausschuss des EU-Parlaments, letzteres mit großer Mehrheit, gebilligt wurde.

Es handelt sich bei der aktuellen Verordnung um einen Gesetzgebungsprozeß, der von den Mitgliedstaaten initiiert wurde und in den nicht nur das EU-Parlament und der Rat (bestehend aus den Fachministern der Mitgliedstaaten) sondern auch verschiedene betroffene Gruppen (Vertreter der NGO's, der Industrie und Sachverständige) eingebunden waren. Soweit die Tatsachen.

Die Kronenzeitung versteht sich – wie es der Chefredakteur einer Wochenzeitung formulierte – als Speerspitze der trivialen EU-Kritik. Aber wie kommt sie dazu, eindeutig verfälschte Informationen zu verbreiten? Wenn man glaubt, für die alte Glühbirne kämpfen zu sollen, so ist das natürlich legitim (genauso wie man für die neuen Energiesparlampen sein darf).

Aber man sollte es nicht durch eine verfälschte Berichterstattung tun. Und schon gar nicht in der Zeit, in der die Weltwirtschaftskrise uns und den anderen Ländern der EU

ernstlich zu schaffen macht. Denn gerade in dieser Zeit sind wir auf europäische Zusammenarbeit angewiesen; man mag sich gar nicht vorstellen, welche protektionistischen Maßnahmen ohne EU entstanden wären und welche schädlichen Auswirkungen diese auf den Handel und die Produktion gehabt hätten.

Wie ernst der Kampf gegen die Energiesparlampe wirklich ist, bleibe übrigens dahingestellt. Denn in der Ausgabe vom 22. März findet sich ein Artikel, der nicht als Anzeige gekennzeichnet ist, in dem die Energiesparlampe über den grünen Klee gelobt wird.

Man kann in der Kronen-Zeitung am 22. März aber auch Richtiges und Sinnvolles lesen. So z.B. im Zusammenhang mit der Entdeckung einer Wanze (einer versteckten Abhörvorrichtung) in einem Festnetztelefon im Ministerbüro des Verteidigungsministeriums. Das Telefon gehörte dem Pressesprecher des Ministers. Die Krone zitiert die drei Presseaussendungen des Verteidigungsministeriums der vorangegangenen Woche.

- o Darabos gratuliert ÖSV-Damen.
- o 55. Frühjahrskonzert der Militärmusik Kärnten.
- o Edelweiss Raid 2009 gestartet.

Mit militärischer Landesverteidigung hat diese Pressearbeit nichts zu tun. Kein Wunder auch, ist unser Bundesheer schon längst von einer militärischen Streitkraft zu einer paramilitärischen Organisation für Katastrophenhilfe, Grenzschutz und peace keeping geworden.

Deshalb fragt die Kronen-Zeitung zu recht: Was gibt's beim Bundesheer zu spionieren?

Peter Schmidt

Bericht über einen Experten-Workshop

„Die Rolle Russlands und der Türkei im Osten der EU“

Kooperationsveranstaltung:

Internationales Institut für Liberale Politik (IILP)

Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport

am 11.3.2009 an der Landesverteidigungsakademie in Wien

Ausgangspunkt des Workshops waren die jüngsten außenpolitischen Veränderungen in Russland und der Türkei: Die Türkei versucht sich als neue „soft power“ zwischen EU-Europa, Russland, Amerika sowie dem Kaukasus und Zentralasien zu positionieren, die EU muss sich gegenüber Russland nach dem Krieg gegen Georgien die Frage stellen, wie es seine Politik gegenüber dem östlichen Nachbarn gestaltet. Der Workshop hatte die Aufgabe, diese Veränderungen mit Blick auf die Energiepolitik und die grundsätzliche strategische Orientierung zu analysieren.

Russische Energiepolitik ist – und bleibt auch in naher Zukunft – auf Europa ausgerichtet. Das war der beruhigende Grundtenor der Ausführungen von *Professor Schulze* (Universität Göttingen) – das Pipeline-Netz bevorzugt eindeutig Europa als Absatzmarkt. Allerdings stehen Bemühungen der EU, die Gasversorgung mit Hilfe der so genannten Nabucco-Pipeline unter Umgehung Russlands im Süden Europas zu diversifizieren auf schwankendem Boden. Die Pipeline, die vom Kaspischen Meer durch die Türkei, über Bulgarien und Rumänien zum europäischen Gasmarkt führen soll, stößt auf Gasproduzenten, die der russische GAZPROM-Konzern aufgrund eigener Gasknappheit bereits mit langfristigen Lieferverträgen an sich gebunden hat. Die Pipeline durch die Ostsee (Northstream) ist vor allem auch wegen dem unsicheren Durchgangsland Ukraine bei den anderen Versorgungslinien nötig. Es gelte eine, die Energieversorgung einschließende, Sicherheitsstruktur mit Russland zu etablieren, lautete die Schlussfolgerung.

Prof. Andrei Zagorski (Moskauer staatliches Institut für Internationale Beziehungen) widmete sich der breiteren **strategischen Orientierung**

Russlands und betonte die Ambivalenzen der außen- und energiepolitischen Orientierung Moskaus. U.a. sei die sichere Gasversorgung der EU durch Russland nur durch Anerkennung russischer Einflusssphären (s. Ukraine, Georgien) zu bekommen, wobei die Machtposition Russlands allerdings abgeschwächt wird, da Russland auf den Verkauf seines Gases angewiesen ist. Der russischen (Energie-)Macht sind auch dadurch Grenzen gesetzt, dass – wie Russland im Falle Georgiens hat realisieren müssen, dass es nicht mehr alleine Ordnung in seiner (GUS-) Einflusszone schaffen kann. Zunehmend wird die EU als Akteur perzipiert (siehe Monitoring Mission in Georgien), eine Situation, die eine gewisse Unsicherheit in Moskau hervorruft. Russland neigt vor allem mit Blick auf die EU-Nachbarschaftspolitik zunehmend dazu, die EU als (geopolitischen) Konkurrenten zu sehen. Aus russischem Blickwinkel wird die Lage dadurch kompliziert, dass ohne die USA keine Lösungen möglich sind.

Strittig war in der **Diskussion** die Frage, ob die EU wirklich ein aufstrebender, ernst zu nehmender Akteur in der Kaukasus-Region sei, da ihre Politik unter einer grundsätzlichen Ambivalenz leidet: einerseits wird die Aufrechterhaltung der Einheit des georgischen Staates gefordert, andererseits die Abtrennung Südossetiens und Abchasiens durch die Monitoring Mission faktisch akzeptiert; es besteht die Neigung, Reibungen mit Moskau in dieser Frage zu vermeiden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass das weitaus stärkste Wachstum im Energiebedarf in China zu erwarten sei und Moskau deshalb mittel- und längerfristig sich auch auf diesen Abnehmer einstellen wird. Europa erhält dann einen Abnehmer-Konkurrenten, was die Marktmacht Europas schwächen wird. Die Lage für

Europa wird noch dadurch verschärft, dass – selbst wenn die Nabucco-Pipeline gebaut wird –, Russland nach 2015 nicht in der Lage ist, den Bedarf Europas voll zu decken. Insofern ist Europa gezwungen seine Energiequellen zu diversifizieren. Das bedeutet allerdings, dass es ohne den Iran, der alleine in der Nachbarschaft Europas über größere Gasreserven verfügt, langfristig keine gesicherte Gasversorgung Europas gibt. Darüber hinaus bleibt die Ukraine als Transitland unverzichtbar. Konsequenz: Sowohl Russland als auch die EU müssen ein zentrales Interesse an Stabilität in der Ukraine haben.

Professor Bağcı (Middle East Technical University Ankara) betonte, dass die Türkei versucht, sich politisch völlig neu zu positionieren. Sie hat eine sehr aktive Außenpolitik in der Großregion begonnen. Diese „neue Außenpolitik“ hat „liberale“ Züge und man betont den „soft power-“, nicht mehr den „hard power“-Aspekt. Unübersehbar ist auch, dass Russland und die Türkei nun strategische Partner im Krisenmanagement sind. Auch bei der Bevölkerung ist das Bild Russlands nun sehr positiv. Gleichzeitig versucht die Türkei, ein verlässlicher NATO-Partner zu sein und nimmt an allen Operationen der Allianz teil. Wichtige Konfliktfelder, wie z.B. Zypern werden nun wesentlich entspannter und offener als zuvor diskutiert. Wie dieser Versuch, mit den verschiedensten Bällen zu „spielen“ und sich völlig neu zu platzieren ausgeht, bleibt allerdings offen. Doch die Absicht ist unübersehbar. Die EU-Mitgliedschaft wird weiter angestrebt, doch sie hat an Bedeutung verloren, da ein neues Selbstbewusstsein entstanden ist.

Die Türkei versucht offensichtlich, ein schwieriges Spiel mit mehreren Bällen zu spielen: Etablierung als Regionalmacht, Partnerschaft mit Russland und gleichzeitig fortdauernde Solidarität und Kooperation im Rahmen der NATO, verbunden mit engen Beziehungen zu den USA. (Siehe dazu auch den Beitrag über die neue Orientierung der Türkei in dieser Ausgabe.) Ob dieser Balanceakt gelingt, wurde offen gelassen.

Dr. Peter Schmidt
Professor an der
Universität Heidelberg,
ständiger Konsulent des IILP

(Deutsche) Zusammenfassung einer Studie des IILP über

Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area

Dr. Eugene Kogan (Gastforscher am IILP)

Die Schwarzmeerregion ist nicht nur eine Region kollidierender wirtschaftlicher Interessen, sondern auch eine Region, in der geopolitische Interessen, Interessen der Einflussgewinnung und der potentiellen Militärprojektion aufeinander treffen. Gegenwärtig ist schwer abschätzbar, ob der Wettstreit um politischen Einfluss ein Nullsummenspiel bleibt, oder ob sich die involvierten Parteien auf einen für alle vorteilhaften *Modus Vivendi* verständigen können werden. Ebenso ist unklar, ob diese schwierige Situation in der die Region sich jetzt befindet, zu einem Aufraffen oder gar einer Renovation der Region führt, oder ob sich die Wolken der Zukunft weiter verdunkeln werden.

Wie in der englischsprachigen Originalausgabe des Artikels* vermerkt, kann jedem Staat der Region gewisse Stärken und Schwächen, genau so wie konfliktträchtige wie auch latent kooperative Interessen zugewiesen werden. Soweit es die Türkei betrifft, kann angenommen werden, dass das Aufwerfen neuer Bruch- und Frontlinien in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft möglichst hinten gehalten werden sollte. So kann man auch feststellen, dass der Erhalt des Status Quo stets oberste Maxime der türkischen Außenpolitik war. Wie lange jedoch die Türkei diese balancierte Politik wieder aufrecht erhalten können, ist gegenwärtig schwer abzuschätzen. Jedenfalls wird es für die Türkei immer schwieriger eine Politik, die auf dem Erhalt des Status Quo aufbaut, aufrecht zu erhalten oder gegenüber verschiedensten revisionistischen Tendenzen zu behaupten.

Vor allem hinsichtlich des Erhalts der Montreux-Konvention, um die sich die türkische Schwarzmeerpolitik stets gruppierte, ist es schwer zu sagen, ob die Türkei dem Verlangen nach Revision noch lange standhalten

können. Dass, sollte sich die Frage der Revision imminently stellen, die NATO ein Forum ist, in dem die Türkei eine Neuregelung des Schwarzmeereszugangs diskutieren könnte, steht fest. Ob die Türkei gewillt ist dies auch zu tun hingegen nicht.

Die Interessendivergenz zwischen Moskau und Ankara, ebenso wie eine recht handfeste Verfolgung dieser Interessen von beiden Seiten wird die Region noch in absehbarer Zukunft bestimmen – freilich würden beide Parteien zur Wahrung des diplomatischen Tons eben diese Aussage verneinen. Beide Staaten werden ihre entgegengesetzten ökonomischen und ordnungspolitischen Interessen weiter verfolgen und im gleichen Zuge auf der Ebene der Regierungsspitzen dem jeweiligen heimischen Publikum Übereinstimmung vorzuspielen. Besonders der Energiesektor, in dem beide unterschiedliche Interessen verfolgen wird die Schwarzmeerpolitik beider Staaten noch auf absehbare Zeit bestimmen und somit gleichzeitig die Dispositionsmasse für politische Kompromisse einengen. Der russische Versuch, die Türkei durch Zugeständnisse in der Frage der Errichtung der Nabucco-Pipeline ruhig zu stellen wird auf längere Sicht wenig Erfolg haben, da Ankara nicht vor hat auf lange Sicht passiv der russischen Penetration der westasiatischen Energielandschaft zuzuschauen.

Rumänien am anderen Ufer wird den heimischen Energiesektor zu stärken suchen und eine Unterstützung der Union für weitere Projekte scheint mehr als aussichtsreich. Ihr Nachbar Bulgarien hingegen findet kaum Alternativen zum Bezug russischer Energieträger vor und wird in der Energiefrage stets gebunden bleiben.

Die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Energielieferungen hat und wird sich stets als politischer

Hemmschuh eigener Emanzipationsbemühungen erweisen. Und Russland wird – egal was für Abkommen auch immer unterzeichnet werden – diese Abhängigkeit für die eigene Einflussgewinnung zu nutzen wissen.

Russische Interessen in der Region kollidieren zumindest mit jenen Georgiens und der Ukraine. Auch werden hinsichtlich der Lage in Georgien Russland und die Türkei stets unterschiedlicher Auffassung bleiben. Der jüngste militärische Konflikt hat die Schwächen der Türkei, selbst als Ordnungsgarant aufzutreten offenbart, ebenso wie er eine starke Botschaft nach Kiev, sich nicht weiter dem Westen anzunähern, gesendet hat. Die Hoffnung, der Westen würde der Ukraine im Falle eines Konfliktes mit Russland oder einer von Moskau initiierten Revision des Demokratisierungsprozesses in Kiev zur Hilfe kommen, hat die russische Machtdemonstration im August letzten Jahres ebenso einen herben Rückschlag erteilt.

Die Türkei andererseits hat noch keine klare Haltung zu den Vorgängen in der Ukraine gefunden und angesichts der Unentschlossenheit aller anderen Machtzentren – außer Moskau – sich gegenüber der Ukraine klar zu positionieren scheint Kiev zum Spielball der Großmachtinteressen um das Schwarze Meer zu mutieren. Jedenfalls gilt die Ukraine in allen politisch-militärischen Kalkülen als der schwächste Akteur der Region und besitzt wenige Chancen sich mit eigener oder fremder Hilfe aus dem Sumpf kollidierender Einflussinteressen um die Region zu ziehen.

* Eugene Kogan, „Military and Energy Security Situation Around the Black Sea Area“, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des IILP. Wien: November 2008.

Impressum:

Eigentümer und Verleger:
Internationales Institut für liberale Politik Wien
Herausgeber und für den Inhalt
verantwortlich:
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter
Alle: Custozzagasse 8/2, 1030 Wien

Gesamtherstellung:
Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH,
A-8665 Langenwang

Erich Reiter

Die Türkei ändert ihre Orientierung, auch hinsichtlich der EU

Die Türkei ist in letzter Zeit außenpolitisch aktiver geworden und ist dabei, ihre Beziehungen zu allen Nachbarn zu verbessern und hat in letzter Zeit einige bemerkenswerte Akzente in ihren internationalen Beziehungen gesetzt. So gab es unter türkischen Auspizien sogar den Versuch der Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen Israel und Syrien. Die Beziehungen zu Russland wurden verbessert und die Kontakte zum Iran verstärkt. Schließlich hat der türkische Präsident mit einem Besuch in Jerewan Aufmerksamkeit erregt; Armenien gilt den Türken immerhin als Erzfeind und die Türkei stand im Berg-Karabach-Konflikt immer auf Seiten Aserbaidschans und gegen die Armenier. Nun sieht die Türkei den gesamten Südkaukasus als Interessensgebiet und öffnet ihre Politik diesbezüglich.

Im Kalten Krieg war die Türkei lediglich ein Verbündeter der USA und auf den Westen konzentriert. Die Türkei hatte praktisch mit allen Nachbarn mehr oder weniger große Probleme. Nun befindet sie sich in der Phase einer Umorientierung. NATO-Mitgliedschaft und potenzielle EU-Mitgliedschaft werden weniger wichtig. Dafür wird die Rolle als regionaler Machtfaktor weiterentwickelt. Aus der eindeutig westlichen Türkei wird ein internationaler Akteur *sui generis*. Auch die politischen Eliten spüren oder vermissen einen Bedeutungszuwachs ihres Landes zu verspüren. Das gefällt vielen und erfüllt mit Stolz. Man vermeint in der Region positiv wahrgenommen zu werden und versteht die neue Außenpolitik als mannigfaltig und klug.

Das ehemals prioritäre Ziel der EU-Mitgliedschaft wird zwar formal aufrechterhalten. Tatsächlich scheint es aber nicht mehr wirklich wichtig zu sein: Man tritt selbstbewusster gegenüber Europa auf als früher. Und dabei wird insbesondere das alte Spielchen wiederholt, dass die Türkei als Mitglied der EU deren Sicherheits- und Außenpolitik stärken würde. Ja zuletzt führte das sogar zur geradezu skurrilen Behauptung, dass die EU ohne die

Türkei kein *Global Player* werden könne. (Interview mit dem Politikberater Ahmed Darutoglu, Die Presse vom 20.10.2008).

Dass die Türkei als Mitglied die Sicherheitspolitik der EU stärken würde, weil sie eine Regionalmacht in der heikelsten Weltgegend ist und die EU viele Möglichkeiten der Politikgestaltung im Nahen und Mittleren Osten böte, wurde schon lange von Beitrittsbefürwortern argumentiert. Dass dies grundfalsch ist, wurde durch – von der Politik ignorierte – Analysen hinlänglich nachgewiesen. Denn die Türkei ist ein nationalistisches, selbstbewusstes und ausschließlich an den eigenen nationalen Interessen orientiertes Land. Das zarte Pflänzchen einer europäischen Sicherheitspolitik, das noch lange brauchen wird, um zu einer gesamteuropäischen Interessenswahrnehmung zu gelangen, würde vom türkischen Nationalismus rasch zerstört werden.

Die Türkei hat zwar ihre internationalen Beziehungen in den letzten Jahren sehr positiv weiterentwickelt. Aber sie tut das im Alleingang, denn multilaterale Kooperation hat keine Tradition. Statt partnerschaftlichem Vorgehen würden sie die Politik der EU – soweit sie es in der Außenpolitik überhaupt gibt – präjudizieren wollen und dabei zwangsläufig erschweren. Die EU würde zur Verfolgung der eigenen Interessen zu gebrauchen versucht werden und nicht etwa umgekehrt; d. h. man würde in der Türkei sicherlich nicht gesamteuropäische Interessen voranstellen.

Nun kann man einwenden, dass sich auch einzelne EU-Mitglieder egoistisch verhalten und nur ihre direkten Interessen in kurzsichtiger Strategie verfolgen. Das stimmt. Und genau darin liegt das Problem der Weiterentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Erst wenn die Einsicht reift, dass es übergeordnete gesamteuropäische Interessen gibt, kann sich diese durchsetzen. Gesamteuropäische Interessen sind eine eigene Ebene über den nationalen Interessen

und sind mehr als nur die kleinste Schnittmenge der nationalen Interessen.

Einerseits wächst zwar die Einsicht in den Mitgliedsländern, dass man eine gesamteuropäische Politik bräuchte. (Man weiß z.B., dass eine einheitliche Energiepolitik gegenüber Russland zu einer fast vollständigen Exportabhängigkeit Russlands von der EU führen würde.) Andererseits fehlen aber die konkreten Taten, d. h., die Mitglieder sind nicht ausreichend dazu bereit, sich der gesamteuropäischen Einsicht entsprechend zu verhalten. Das aber ist der springende Punkt. Die europäische Sicherheitspolitik hat nur Chancen, wenn die Mitglieder der Union sich stärker einzuordnen bereit sind. Insbesondere gilt das für die größeren Länder, weil diese ja die wesentlichen Leistungsträger wären.

Mit der Türkei käme ein großes Land in die EU. Es würde eine Führungsrolle beanspruchen. Dass die Türkei sich ein- und unterzuordnen bereit wäre, ist eine naive Vorstellung. Mit Sicherheit würde die Türkei die Union aber stärker in die Nahost-Probleme verstricken. Denn die Türkei als Mitglied würde die Außengrenze der EU an die großen Krisengebieten heranbringen oder annähern: Nahost-Konflikt, Irak, Berg-Karabach, Iran. Also würde der Handlungsbedarf der EU erhöht werden. Nicht aber ihre Handlungsfähigkeit. Diese würde eher reduziert, es sei denn, die EU folgt den Richtlinien der Türkei.

Jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, weiß, dass die EU als Gesamtes kraft ihres ökonomischen und wissenschaftlichen Potenzials neben den USA die Weltmacht Nr. 2 sein könnte. Auch militärisch. Wenn sie wollte. Aber sie will noch nicht so recht. Nur die Rhetorik Brüsseler Erklärung geht so weit. Das Verhalten der Mitgliedsländer bleibt weit zurück. Es fehlt an der Identifizierung gesamteuropäischer Interessen und diese müssen den einzelnen nationalen Interessen übergeordnet werden. Das wird noch lange dauern und setzt einen Reifungsprozess voraus. Nationalistische Eigenbröteleien behindern diesen Prozess. Die Türkei als selbstbewusster extrem nationalistischer Einzelgänger würde diesen Prozess wahrscheinlich überhaupt verunmöglichen.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.